

Familie wieder vereint

Das lange Warten hat endlich ein Ende, nach mehr als 2 Jahren Warten und Vermitteln kommt das kleine togolesische Mädchen Yanna (8) endlich zu ihrer Tante. Ihre Geschichte liest sich wie ein Krimi mit dem Verlust der Mutter, die sehr krank war, traumatisiert, schwere psychische Probleme hatte. Zusammen mit ihrer Mutter hat die Kleine einige Male ihre Verwandtschaft in Hamburg besucht. Doch mit der plötzlichen Ausreise der Mutter brach der Kontakt ab. „Wir wussten nicht, wo wir Yana finden können“, sagt Dede Ayanou, die Tante.

Mit 5 Jahren kommt Yanna in die Obhut des Jugendamtes, anschließend wurde sie in mehreren Wohngruppen untergebracht, zuletzt in Rostock Lütten Klein.

Hier ging sie zur Schule, fühlte sich wohl, wurde gut betreut, aber der Wunsch zu Ihrer Tante, zu ihrer Familie zu kommen, erlosch nicht. Über den Rostocker Migrationspolitiker Dr. Hikmat Al-Sabty bekam

die Familie schließlich Kontakt zur Nichte. Nach dem ersten Treffen in Lichtenhagen folgten regelmäßige Besuche in Hamburg an Feiertagen und in den Ferien. Dort hat Yanna manchmal mit ihrer Mutter telefo-



niert. „Doch meine Schwester ist krank und wird nicht wiederkommen“, sagt Dede Ayanou. Die 43-Jährige holt das Mädchen nun zu sich, bekam nach langen Warten das Sorgerecht und das Aufenthaltsrecht

für Yanna. Ab Montag besucht sie die 2. Klasse in einer katholischen Schule. Ich freue mich persönlich sehr, dass ich meinen Beitrag leisten konnte, sodass am Ende diese Familie glücklich zusammen geführt werden konnte.

Togo ist ein Staat in Westafrika, war von 1884 bis 1919 deutsche Kolonie. Nach dem Ausbruch blutiger Unruhen 2005 in Togo verließen Zehntausende Menschen das westafrikanische Land. Noch heute halten sich mehrere tausend Flüchtlinge im Ausland auf. Etwa 14 000 togolesische Bürger sollen in Deutschland leben. In der Hansestadt Rostock sind derzeit 96 Togolesen registriert. Im Jahr 2014 wurden laut Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern rund 4400 Asylbewerber aufgenommen, doppelt so viele wie 2013. Für 2015 erwarten Experten angesichts weltweit fortwährender Konflikte einen weiteren Anstieg.

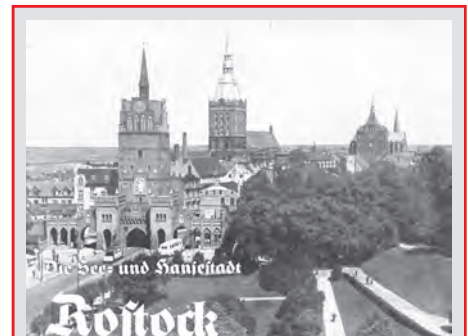
Text: Hikmat al-Sabty/Foto: K. Schröder



Auf zahlreichen Veranstaltungen wurde an die Befreiung vor 70 Jahren erinnert
Mehr dazu auf den Seiten 3 und 4



Die AG Seniorenpolitik informierte sich vor Ort über Energieerzeugung
Mehr dazu auf Seite 5



Rostock wird in diesem Jahr 797 Jahre alt. Kurt Kaiser erzählt.
Mehr dazu auf den Seiten 12 und 13

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Volkstheater
■ Seite 3-4: Tag der Befreiung
■ Seite 5: Rotfeder / Senioren-AG
■ Seite 5: Offener Brief
■ Seite 6-8: Woche der Zukunft
■ Seite 8: Ostseefriedenskonf.
■ Seite 9: G7-Gipfel

■ Seite 10: Keine Querfront!
■ Seite 11: Steigende Mieten
■ Seite 12-13: Kurt Kaiser
■ Seite 13: Herbert Winter
■ Seite 14: Griechenland
■ Seite 15: Termine / Lyrik
■ Seite 16: Fraktion vor Ort

Liebe Leserinnen und Leser, in dieser Ausgabe berichten wir ausführlich über die Aktivitäten zum Tag der Befreiung. Wer diese Veranstaltungen besucht hat, kann sicherlich bestätigen, dass der 70. Jahrestag würdig begangen wurde. Hoffentlich können wir auf dem Puschkinplatz in den kommenden Jahren ähnlich viele Teilnehmer*innen begrüßen.

In unserem Kampf für das Rostocker Volkstheater können wir einen ersten Erfolg vermelden. Die Kündigung Sewan Latchinians wurde zurückgenommen. Was nun zu tun ist, schreibt Eva gleich nebenan.

Ellen Fiedelmeier und Katharina Schlaack berichten ausführlich über die Linke Woche der Zukunft. Sehr gut, dass sich unsere Partei die Zeit nimmt, über den Tag hinaus zu denken. Dafür bleibt in der Tretmühle des politischen Alltags oft zu wenig

Zeit.

Hartmut Jensen berichtet auf Seite 5 über die Arbeit der Senioren AG. Sie freut sich auch immer über neue Mitstreiter*innen, habe ich gehört. Die Veranstalter der Ostseefriedenskonferenz werden über eine rege Teilnahme auch glücklich sein. Die Einladung könnt Ihr auf Seite 8 lesen.



Na, habt Ihr Euch schon an der Umfrage zum KLARTEXT beteiligt (siehe Aprilausgabe)? Bitte nicht vergessen! Wie immer vielen Dank an die Autoren dieser Ausgabe, insbesondere an Ellen und Katharina! In der Juli/August-Ausgabe werden wir

den Bundesparteitag ausführlich auswerten. Ich bin gespannt!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

KLARTEXT online

Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung ist ein schwarzer Tag für Grund- und Freiheitsrechte

„Heute ist ein schwarzer Tag für unsere Grund- und Freiheitsrechte“, so Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zum heutigen Kabinettsbeschluss über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Korte weiter:

„Der beschlossene Gesetzentwurf ist ein tiefer Eingriff in die Grundrechte und verstößt in unverantwortlicher Weise gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Während in anderen europäischen Staaten die Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung aufgehoben werden, bereitet die Große Koalition hierzulande unbeirrt in einem nationalen Alleingang den nächsten Verfassungsbruch vor. Denn nach wie vor handelt es sich um eine anlasslose Speicherung der Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Und damit nicht genug. Dieser faule Kompromiss der Überwachungsbeauftragter soll offenbar nur als Türöffner für noch weitergehende Befugnisse dienen.

DIE LINKE lehnt Vorratsdatenspeiche-

rungen konsequent ab. Sie sind demokratiegefährdend und ihr Nutzen für die Strafverfolgung konnte noch nirgendwo erbracht werden, geschweige denn irgendeine Notwendigkeit nachgewiesen werden.

Notwendig wäre vielmehr, dass die Bundesregierung endlich den weiteren Ausbau des Überwachungsstaates beendet. Die bereits jetzt vorgetragenen Forderungen aus der Union nach einer Ausweitung der Speicherfrist für Standortdaten auf ebenfalls zehn Wochen, das Streichen der Benachrichtigungspflicht der Betroffenen bei gleichzeitiger Ausweitung des Straftatenkatalogs sowie einer Zugriffsbefugnis für Geheimdienste ohne jegliche Tatbestandsvoraussetzungen zeigen wohin die Reise gehen soll.

Auch die im Rahmen der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität geschaffenen Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten für den Zugriff auf Daten gehören auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Schließlich zeigt der NSA-Skandal: Einmal gespeicherte Daten sind niemals vor dem Zugriff durch Geheimdienste oder kriminelle Hacker sicher. Datenspeicherung zu vermeiden ist deshalb der beste Datenschutz. Es ist höchste Zeit, der Bundesregierung die Grenzen des demokratischen Rechtsstaates aufzuzeigen.“

Sewan Latchinian ist dank engagierter BürgerInnenproteste wieder im Amt und hat sofort seine Arbeit aufgenommen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle nochmal herzlich bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die uns tatkräftig unterstützt haben. Dieses Mal hat die Demokratie gesiegt!

Nun müssen schnell ein Spielplan aufgestellt und alle Verzögerungen kompensiert werden. Nach einem langen Gespräch mit beiden Geschäftsführern konnten unterschiedliche Auffassungen ausgeräumt und Missverständnisse beseitigt werden. Zudem haben wir uns darauf verständigt, dass nach intensiven öffentlichen Debatten und Eskalationen, das Theater jetzt Ruhe und Sacharbeit braucht. Die MitarbeiterInnen des Hauses wollen sich auf ihre künstlerische Arbeit konzentrieren und eine erfolgreiche Spielzeit realisieren. Dabei wollen wir sie unterstützen. Seitens der Stadtverwaltung wird aufgrund des so genannten 2+2-Beschlusses erwartet, dass beide Geschäftsführer bis September ein Konzept erstellen, welches aufzeigen soll wie die frisch unterzeichnete Vereinbarung zur Theaterstruktur umgesetzt werden kann.

Natürlich beinhaltet das von Bürgerschaft, Minister Brodkorb und OB Methling angestrebte Modell erhebliche Risiken für unser Volkstheater und seine Belegschaft. In den kommenden Monaten wird es deshalb zahlreiche Diskussionen darüber geben, welche Folgen eine Umsetzung tatsächlich haben würde. Im Rahmen dieser Gespräche mit Bürgerschaftsmitgliedern, Aufsichtsrat und Oberbürgermeister möchten wir auf Sachebene überzeugen und versuchen, eine politische Mehrheit umzustimmen. Denn die Erfahrungen der letzten Monate haben leider gezeigt, dass der berechtigte intensive, öffentlich ausgetragene Konflikt nicht dazu geführt hat, die besagten Akteure umzustimmen. Eher scheinen sich Auffassungen verhärtet zu haben.

Ich möchte diese Kruste aufbrechen und in Ruhe neues Vertrauen schaffen. Sollte in den kommenden Monaten keine Wende erreichbar sein, bleiben wir bei unserem Anker, ein Bürgerbegehren für den Erhalt aller Sparten zu initiieren. Wir geben nicht auf. Wir versuchen einen anderen Weg. Ich hoffe, ihr bleibt uns treu und unterstützt uns weiterhin bei unserem Kampf für das Volkstheater.

Eva-Maria Kröger

Vor 70 Jahren: Befreiung vom Faschismus

DIE TOTEN MAHNEN UNS

Zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus weihte die Hansestadt Rostock am 8. Mai in einer feierlichen Veranstaltung und im Beisein des Oberbürgermeisters auf dem Neuen Friedhof einen neuen Gedenkort für die Rostocker Antifaschistinnen und Antifaschisten ein, die zwischen 1933 und 1945 gegen die braune Tyrannei kämpften. Das Engagement der VVN-BdA und vieler Mitglieder der LINKEN machte es möglich, dass es rechtzeitig zum Jahrestag der Befreiung eine neue Stätte des Gedenkens in Rostock gibt. Hannelore Rabe (VVN-BdA) schilderte in ihrer Ansprache den langen Weg bis zur Vollendung des Gedenkortes. Der Präsident der Bürgerschaft Wolfgang Nitzsche (DIE LINKE) würdigte in seiner Rede das Wirken der Widerstandskämpfer und mahnte vor der Hintergrund der weltweiten Krisen und der aktuellen Hetze gegen Flüchtlinge, dass die Losung „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ nichts von ihrer Gültigkeit verloren hat. Die Verantwortung für den Gedenkort liegt künftig bei der Stadtverwaltung. Bis Ende des Jahres soll das Areal fertiggestellt sein.

Nachmittags fanden etwa 200 Menschen zum traditionellen Gedenken auf dem Puschkinplatz zusammen (Foto unten), darunter auch der Oberbürgermeister. Nach den Reden von Eva-Maria Kröger und Cornelia Mannewitz (Friedensbündnis) ließ man Friedens-Tauben zum Himmel aufsteigen.

DIE LINKE hat in diesem Jahr wieder den Antrag an den Bundestag gestellt, den 8. Mai zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären. Wir wissen die große Mehrheit der Menschen hinter uns. Forsa fand heraus, dass 89 Prozent der Deutschen sagen: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.

Fotos: Carsten Penzlin



So sieht die neue Gedenktafel auf dem Neuen Friedhof aus. Wer den Gedenkort besuchen will, nutzt bitte den Eingang Satower Straße und biegt gleich nach dem Verwaltungsgebäude rechts ab.



Viele Bürgerinnen und Bürger nahmen an der feierlichen Einweihung am Freitag Vormittag teil.



FILMABEND DES SDS

Am 8. Mai jährte sich zum siebzigsten Mal die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus. Auch und gerade weil heute nicht mehr viele Menschen leben, die dieses dunkelste Kapitel deutscher Geschichte bewusst mitbekommen haben, ist es unsere Pflicht als Nachgeborene daran zu erinnern. Aus diesem Grund haben wir, Die Linke.SDS Rostock, gemeinsam mit dem AStA der Universität Rostock und Herrn Professor Niemann vom Historischen Institut eine Veranstaltung organisiert, auf der

wir uns den DEFA-Film „Ich war neunzehn“ anschauen und damit an eben jenes Ereignis vor 70 Jahren erinnert. Mit einem kurzen Kommentar gab Herr Niemann den Einstieg in den Abend, in dem er nicht nur die Entstehungsgeschichte und den historischen Kontext des Filmes, sondern auch die Überschneidung in den Leben des Protagonisten und des Regisseurs Konrad Wolff aufzeigte.

Nach dieser Einordnung begannen wir die Vorführung des Filmes, der vielen der rund 70 Anwesenden unbekannt gewesen dürfte. Dieser hielt, was er versprach und

beeindruckte vor allem durch die starke schauspielerische Leistung des damals noch völlig unbekanntes Hauptdarstellers Jaecki Schwarz, sowie dem kompletten Verzicht auf jegliche Form von Filmmusik. Im Anschluss gab es dann noch die Möglichkeit Fragen an den anwesenden Historiker zu stellen, der diese auch sehr ausführlich und anschaulich beantwortete. Alles in allem sind wir mit der Veranstaltung sehr zufrieden, konnten wir doch auch über die Parteigrenzen hinaus Menschen ...

Fortsetzung auf S. 4



Befreiung vom Faschismus - Fortsetzung

FILMABEND DES SDS

(Fortsetzung von Seite 3)

... gerade für so ein wichtiges Thema sensibilisieren. Dies ist gerade mit Blick auf die zahlreichen neurechten Zusammenschlüsse, Parteien, sowie Agitatorinnen und Agitatoren, die immer häufiger auch im öffentlichen Diskurs als zu akzeptierende

Kräfte auftreten, immens wichtig. Es darf und kann nicht sein, dass knapp 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Deutungshoheit darüber gerade von solchen Kräften an sich gerissen wird. Der 8. Mai war und ist der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Daran zu erinnern und damit zu verhindern, dass sich eine so unvorstellbar grausame Zeit nie wie-

derholt ist für uns ein Selbstverständnis. Deshalb feiern wir diesen Tag und stellen uns allen, die versuchen diese Befreiung umzuinterpretieren, in den Weg, widersprechen ihnen und entlarven ihre Äußerungen als das, was sie sind – schlichtweg geschichtsrevisionistisch.

Phillip Bock

NIE WIEDER FASCHISMUS! NIE WIEDER KRIEG!

Am 08. und 09. Mai 2015 fanden anlässlich des „70. Jahrestages der Befreiung“ ehrende Gedenken traditionell in Bad Doberan, Lalendorf, Schwaan, Teterow und Güstrow statt, auf denen der Opfer von Faschismus und Krieg gedacht wurde.

In Bad Doberan sprach Prof. Dr. Wolfgang Methling, Umweltminister von M-V a.D., in Lalendorf MdL Prof. Dr. Fritz Tack, in Schwaan Rudolf Kerl, Vorsitzender der Stadtfraktion *DIE LINKE*, und in Güstrow Peter Hörnig, Kreisgeschäftsführer *DIE LINKE*.

In Bad Doberan, aufgerufen durch das Bad Doberaner Aktionsbündnis, ehrten ca. 60 Einwohnerinnen und Einwohner und in Güstrow ca. 70 Teilnehmer die nahezu 60 Millionen Toten, die durch die Schuld des faschistischen Deutschlands ums Leben kamen.

In Güstrow konnte auf Einladung von Wilfried Schubert (VVN BdA und RotFuchs) der 1. Sekretär der Botschaft Russlands, Denis Podrezow, begrüßt werden, der ebenfalls zu den Anwesenden sprach.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung von Lalendorfs Bürgermeister, Reinhard Knaack, an den sowjetischen Panzer gefolgt, darunter der Vorsitzende des Amtsausschusses Krakow am See und Bürgermeister von Dobbin-Linstow, Wilfried Baldermann, der Bürgermeister der Stadt Krakow am See, Wolfgang Geistert, sowie Unternehmerinnen und Unternehmer die in Krakow am See bzw. in Güstrow tätig sind. Alle vereinte ein Gedanke: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Peter Hörnig

EHRENDES GEDENKEN IN SCHWAAN

Dem Aufruf der Schwaaner Basisorganisation *DIE LINKE* und deren Fraktionsmitglieder folgend, nahmen mehrere Schwaaner Bürger, unter ihnen unser Bürgermeister, an der Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges teil.



Worte des Gedenkens sprachen Franz Mewes und Rudi Karl. Das Niederlegen von Blumengebinden durch Mitglieder der Basisorganisation, durch den Bürgermeister und weiterer Einzelpersonen bildeten den Abschluss der Gedenkveranstaltung, die insgesamt einen würdigen Verlauf nahm. Vielen Dank an alle, die daran Anteil hatten und an der Veranstaltung teilnahmen.

Fraktion und Basisorganisation



Rotfeder und der Datenaberglaube

Wer über genaue Informationen verfügt, hat einen Vorteil. Wenn man die Daten geschickt verknüpft und auswertet, kann man erfolgreicher sein als andere. Das gilt sowohl in der Wissenschaft als auch in der Gesellschaft, beim Militär und im Sport. In der Tat sind Datenverarbeitungsmethoden in vielen Fällen menschlichen Methoden in Effizienz und Effektivität weit überlegen. Und so ist es zu dem verhängnisvollen Aberglauben gekommen, man könne alles in den Griff bekommen, wenn man alle Daten sammelt. Entscheidungen auf der Grundlage dieses Aberglaubens schränken inzwischen unsere persönliche Freiheit und Selbstbestimmung ein. Und sie haben auch schlimme Nebenwirkungen.

Angela Merkel lässt sich ihre Informationen von Meinungsinstituten einsammeln. Diese fragen die Leute am Festnetztelefon aus, und die Regierung macht dann, was sich diese konservativen Leute wünschen, die noch einen Festnetzanschluss benutzen und bei einer solchen Befragung nicht gleich angewidert aufgelegt haben. Das sind noch erstaunlich viele, aber repräsentativ sind sie nicht mehr lange. Die Datengrundlage ist zweifelhaft und damit auch

die daraus abgeleitete Politik.

Aber auch bei der technischen Auswertung kann es Probleme geben. Tatsächlich verlor David Hamilton beim Rennen in Monte Carlo seine Spitzenposition, weil in der Formel 1 von Boxenstopp bis Reifenwechsel inzwischen exakt das getan wird, was eine spezielle Software in Echtzeit aus den fortlaufend anfallenden Daten berechnet. Der Fehler von Mercedes war, dass man sich allein auf die von Menschen unvollkommen programmierte Auswertung der Daten verließ. So verlor er seinen großen Vorsprung und wurde nur Dritter.

Nun soll in Deutschland doch die Vorratsdatenspeicherung über unser Kommunikationsverhalten eingeführt werden. Dadurch sollen wir sicherer leben können. Allerdings hat die Vorratsdatenspeicherung noch in keinem Fall und in keinem Land einen Anschlag verhindert. Im Gegenteil: Auf der Grundlage der von der NSA gesammelten Metadaten werden die Ziele der amerikanischen Drohnenanschläge ausgewählt. Aus Deutschland werden die unbemannten Tötungsmaschinen in fernen Ländern gesteuert, mit denen ohne Gerichtsurteil Menschen hingerichtet werden. Da

passiert es schon mal, dass ein Taxi mit unschuldigen Menschen gesprengt wird, weil ein mutmaßlicher Terrorist darin sein Handy abgelegt hatte, um seine Spur zu verwischen.

Trotz der unglaublich großen Menge gesammelter Daten wurde mithilfe des Überwachungsgesetzes „Patriot Act“ nicht ein einziger größerer Terrorismusfall aufgedeckt.

Ganz offenbar ist die Furcht einiger Politiker vor der Ungewissheit so groß, dass selbst das vage Versprechen von ein wenig Berechenbarkeit sie dazu bringt, per Totalüberwachung die Verfassung zu beschädigen. Der verzweifelte Kampf gegen Ungewissheit ist sicher nachvollziehbar, aber er ist auch erbärmlich und gefährlich, wenn er auf Kosten der Rechte und des Lebens Dritter geschieht.

Das meint eure Rotfeder



Energie erzeugen - Umwelt schonen

Am 18. Mai besuchte eine Gruppe der AG Senioren-Politik DIE LINKE die benachbarten Standorte der „Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH“ (EVG GmbH) sowie des „Ersatz-Brennstoff-Heizkraftwerkes Vattenfall“ (EBS-HKW Rostock) im Industriegebiet des Überseehafens Rostock. Die Teilnehmer konnten sich ansehen, wie mittels moderner Technologie ca. 170.000 t Restmüll im Jahr aus den Haushalten Rostocks und Umgebung - mit hohem energetischem Potential - als Ersatzbrennstoff aufbereitet und thermisch verwertet, d.h. zur Erzeugung von Elektroenergie und Prozessdampf verwandt werden. Die



Abgase des Verbrennungsprozesses werden in mehreren Stufen bearbeitet und mit hohem Reinheitsgrad in die Atmosphäre

geleitet.

Die Gruppe konnte sich überzeugen, wie mit hohem Aufwand die Entsorgungssi-

cherheit rund um die Uhr gewährleistet wird, wie aber auch unsere Sorgfalt gefordert ist: eine Altbatterie im Hausmüll rich-

tet erheblichen Schaden an, vor allem bei der Restablagerung. Das Zusammenwirken beider Unternehmen an diesem Standort

erbringt den Nachweis, dass Restmüll, dieser „zivilisatorische Reststoff“, umweltfreundlich und raumsparend zu entsorgen ist. In der EVG GmbH werden darüber hinaus organische Abfälle in biologischen Abbauprozessen zersetzt und als Stadtgas oder über die Stufen der Wärmeenergieerzeugung der entsprechenden Versorgung Rostocks zugeführt.

Die Verantwortlichen beider Betriebe zeigten freundliche Bereitschaft, den interessierten Besuchern die Prozesse vor

Ort vorzustellen.

Hartmut Jensen



Zeichnen wir das Bild einer Welt, die uns wieder gehört!

Die „Linke Woche der Zukunft“ fand vom 23. bis 26. April im Haus des Neuen Deutschlands in Berlin statt. Zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unserer Bundestagsfraktion und unserer Partei wurden ca. 80 Veranstaltungen angeboten. 500 Menschen, darunter wir, Katharina und Ellen, folgten der Einladung. Ausgehend von der Analyse der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse sollten linke Alternativen, die konkret und machbar sind, einen Weg in die Zukunft weisen. Das Themenspektrum spannte sich von der Zukunft der Arbeit, Gleichheit als Chance über die Zukunft des Gemeinsamen, Produktion der Zukunft bis zur Zukunft der Demokratie. Jede Menge Zukunft also. Hier findet Ihr unsere Eindrücke der erlebten drei Tage.



Ein guter Anfang

Unser Gesamteindruck lautet: Gut, dass es so etwas mal gab. Die „Linke Woche der Zukunft“ gab uns das Gefühl Teil von etwas Größerem zu sein, unter Gleichgesinnten und vielen Menschen die sich einig sind, dass es so nicht weitergeht. Dabei waren nicht nur Parteilinke dabei. Viele Verbündete kamen: Zum Beispiel Menschen von SYRIZA aus Griechenland, Podemos aus Spanien, Erwerbslosenforum, Blockupy, Occupy, Gewerkschaften aus Deutschland und den USA sowie bekannte kluge Köpfe (z.B. Elmar Altvater, Chantal Mouffe, Hilary Wainwright, Raul Zelik uvm.). Auch zum Ausklang der vielen Veranstaltungen gab es ein ansehnliches Abendprogramm. Besonders gut gefiel uns die Sängerin Bernadette LaHengst mit einem Mix aus politischen und emotionalen Texten zu kleinen Alltagsutopien (Tauschgeschäfte, Liebe im öffentlichen Raum...).

Aus der Analyse der Gegenwart

Die Beschreibung der Zustände und Zusammenhänge unsere Gegenwart nahm sehr großen Raum ein. Wir möchten Euch zeigen, welche Thesen uns besonders interessierten.

Kapitalismus ist wieder Thema – aber: Was wissen wir eigentlich über die Reichen?

Wir leben in einem autoritären Kapitalismus, der sich alle inneren und äußeren Bereiche des menschlichen Lebens einverleibt. Es findet eine Kolonialisierung der Zukunft als Verlängerung der Gegenwart mit der Frage „Was kann noch und mehr Profit abwerfen als bisher?“ statt. Der IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban ist der Auffassung, dass Kapitalismuskritik wieder breiter geworden ist, dass der Kapitalismus wieder als ein historisches Phänomen und somit als „beendbar“ und nicht als das „Ende der Geschichte“ wahrgenommen wird. Es ist offensichtlich, dass der Kapitalismus ein Wachstums-, ein Verschuldungs- und ein soziales Ungleichheitsproblem hat und sie dauerhaft nicht lösen kann. Dabei ist die Ausgrenzung vieler Menschen

aus der Arbeitswelt derart fortgeschritten, dass selbst die linken gesellschaftlichen Kräfte diese aus den Augen verlieren. Das muss sich ändern.

Thomas Piketty hat in den letzten Monaten mit seinem Werk „Das Kapital des 21. Jahrhunderts“ für Aufsehen gesorgt. Sein Werk ist es, empirisch belegt zu haben, was viele von uns schon lange dachten – Vermögen nutzt nur den Vermögenden. Was daraus politisch folgt, müssen die Linken jedoch selbst leisten, da ist Piketty sogar neoliberal eingestellt. Seit den 90ern und dem Bewusstsein über die Krise des Sozialstaats in den Sozialwissenschaften wird Reichtum und Vermögen überhaupt erst in den Fokus genommen. Dabei erfahren wir, dass die deutschen Sozialwissenschaften fast nichts über die 1% Reichen, die „Super-Reichen“ wissen. Klar ist, dass diese eine geschlossene Gruppe sind, die klassenbewusst auftritt und hegemoniefähig ist. Das heißt, sie bestimmen was auf der politischen Agenda steht, sie sind der

herrschende Block, um sie herum scharrt sich eine breite Mittelschicht und viele Spitzenpolitiker. Die realen Daten über ihr Vermögen sind selbst Sozialwissenschaftlern nicht zugänglich. Diese Daten brauchen wir. Dieser Klasse ist es möglich, die eigene Rendite zu bestimmen, sogar ganze Staaten können dazu gezwungen werden (Griechenland). Spätestens ab Ende des letzten Jahrzehnts (2000-‘10) erlebt zwar die Wirtschaft einen Aufschwung, der Sozialstaat aber nicht. Die Forderung der anwesenden SozialwissenschaftlerInnen (Mechthild Schrooten, Dorothee Spannagel, Georg Fülberth) ist jedoch klar: Es darf keine Klasse der Unsichtbaren geben!

Von SYRIZA bis zur Sozialdemokratie – Harter Kampf und ein Abgesang

Giorgos Chondros von Syriza berichtete über die Arbeit der Linksregierung, deren Handlungsfeld von einer EU, angeführt von Deutschland, ausgehöhlt wird (u.a. durch einen gut vorbereiteten engen Zeitplan). Im Nebel einer beinharten Klassen- und Machtpolitik, versucht Syriza, ihre festen rote Haltelinien aufrechtzuerhalten. Dazu gehört ein Gesetz zur Bewältigung der humanitären Katastrophe, welches die EU de facto ablehnt. Schulden der griechischen Bürger gegenüber dem Staat, welche Syriza über Raten sozialverträglich eintreiben will, wird als Beihilfe zur Steuerhinterziehung abgetan. Dass die EZB sogar Staatsanleihen anderer Banken für Griechenland verhindert, ist rechtswidrig. Doch der sprichwörtliche Kampf ums Überleben wird bei den Verhandlungen mit der EU im Juni erst richtig hart werden. Ein Trumpf von Syriza für alle Linken stellt die Nichtratifizierung von TTIP dar. Die britische Soziologin Hilary Wainwright ordnete die Handlungsweise der EU als ein hartes „Durchgreifen“ der Eliten ein, um ein Erstarken der linken Kräfte nicht nur in Südeuropa, sondern auch in Irland, Großbritannien und natürlich auch bei uns zu verhindern. Dabei käme kein einziger Euro zurück nach Deutschland, wenn Syriza zum Scheitern verdammt wird.

Der Zustand der Sozialdemokratie wurde in mehreren Veranstaltungen als besorgniserregend eingestuft: Das betrifft nicht nur die deutsche SPD, sondern auch sozialdemokratische Kräfte in Frankreich und Italien. Die einzige Ausnahme bildet

Linke Woche der Zukunft - Fortsetzung

die mit 2010 bereits früh abgewählte sozialdemokratische Partei PSD in Portugal. Reflektion und ein Führungswechsel haben eine hoffnungsstiftende Kurswende eingeleitet. Wie auch auf der kommunalen Ebene ist eine im linken Sinne gute Sozialdemokratie auf allen Ebenen unabdingbar.



Wir brauchen die linken Kräfte in ihr und müssen diese mitstärken.

Aus der Praxis: Wie werden die Menschen politisch?

Etwas konkretes fand in der Veranstaltung „(Selbst-) Organisierung in sozialen Brennpunkten“ statt. Hier war der Aktivist und Quartiersmanager Joachim Barloschky aus Bremen Tenever ein wahrer Ohrenschmaus. Er begann mit der Frage: „Was heißt es konkret Revolution zu machen?“ Eine Antwort lautete: Über einen langen Zeitraum und über ein ganz konkretes Problem einen politischen Willen bei den Menschen zu erzeugen. Seine Themen und die der Menschen vor Ort sind Wohnen als Menschenrecht und Wohnen als Ware. Barloschky hat ein großes und gut vernetztes Bewohnernetz mit vielen Treffpunkten erzeugt. Konkret begann alles mit Aktionen gegen Mietpreiserhöhungen. Die Aktionen bestanden aus einem Verbund von Forderungen, Demonstrationen, Informationen, Skandalisierungen und breiter Öffentlichkeitsarbeit. Nur diese Dinge zusammen bringen Erfolge. Aus seinen Erfahrungen schlussfolgert er vor allem: Menschen bewegen sich nur, wenn es um ihre Interessen geht, wenn es ein konkretes und veränderbares Problem gibt. Das Thema Mietpreiserhöhung geht alle an und über Vorurteile hinweg. Plötzlich organisieren Menschen miteinander etwas, die sich vorher nie angesprochen hätten und verlieren somit Kontaktscheue und Bedenken voreinander. Eins ist klar: die meisten Erfahrungen werden in Aktionen gesamt-

melt, politisches Bewusstsein entsteht in Erlebnissen. Aus dem Kampf gegen Mietsteigerung kann eine Kritik am Kapitalismus werden. Ein Aufruf an alle Aktiven und Parteimitglieder lautete: Organisiert euch dort, wo ihr wohnt bzw. in eurem direktem Umfeld!

Unsere Demokratie muss sich weiterentwickeln – auch in unserem Eigentum

Das Thema Demokratie tauchte immer wieder auf. Gregor Gysi zum Beispiel unterscheidet zwischen einer notwendigen Demokratie und einer ausufernden Bürokratie. Ein bürokratisch effizienter Staat führt zu demokratischen Problemen: Abschieben von politischer Verantwortung in Expertengremien, Angleichung

der Parteien, Ideologie der Alternativlosigkeit. Dabei wird nicht nur die Klassenfrage, sondern die mittlerweile bestehende Gattungsfrage ignoriert: die Menschheit steht vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Direkte Demokratie, z.B. Volksentscheide auf Bundesebene, muss mit repräsentativer Demokratie, die er als wichtig zum Schutz von Minderheiten erachtet, vereinbar sein. Direkte Demokratie ist auch nicht per se basisdemokratisch, wenn z.B. reiche BürgerInnen verhindern, dass 6-Jährige gemeinsam zur Schule gehen (z.B. gab es 2009 in Hamburg Proteste gegen eine „Einheitsschule“). Spannend waren die Aussagen von Elisabeth Voß zur Demokratisierung von öffentlichem Eigentum: Es reicht eben nicht aus, öffentliches Eigentum als Kommune, Land oder Bund zu besitzen bzw. wieder zu bekommen. Die Geschäftspolitik öffentlichen Eigentums kann sehr profitorientiert sein (das Geschäftsgebaren der Deutschen Bahn ist dafür ein gutes Beispiel). Wenn sich die öffentliche Hand als Eigentümerin die knappen Kassen mit den Profiten von öffentlichen Unternehmen füllen will, zwingt es öffentliche Unternehmen nur für diesen Zweck und nicht im Interesse aller zu handeln. Voß fordert mehr Mitspracherecht, z.B. durch ein Vorschlagsrecht für Veränderungen durch BürgerInnen.

Apparate-Partei war gestern – morgen ist kämpferisch und sexy

Einige Menschen „von außen“ kritisierten DIE LINKE. und zwar mit eingängigen Argumenten. Mut machte dabei der Theater-

indentant Volker Lösch, der zunächst harsche Kritik an „den Politikern“ der heutigen Zeit übte: Sie seien uninteressant, unpopulär, brennen für nichts und sind blass. In seinem lebendigen Appell gab er unserer Partei folgendes mit: Unterscheidet euch in jeder Hinsicht von den anderen Parteien! Seid scharf in euren Forderungen, radikal im Aussprechen der Wahrheit, achtet nicht darauf eure Wählerschaft zu verlieren! Für jeden radikalen Schritt gewinnt ihr dafür drei neue AnhängerInnen. Macht andere Parteitage, die Spaß machen, seid populistisch und vor allem: Gebt den Leuten eine Vorstellung der Zukunft auf die sie sich freuen können, wo es um den Menschen geht und nicht um Profit! Zeichnet das Bild einer Welt, die den Menschen wieder gehört! Seid keine Apparatepartei mit Volkspartei-Anspruch! Die seid ihr nämlich nicht und das wäre auch das Ende. Ihr seid eine Klassenpartei für die Klasse der Abgehängten und Ausgegrenzten, für die 5 Millionen der „nicht mehr gebrauchten“, für die Arbeiter, die Armen und die Mittleren. Besinnt euch darauf!

Zukunft - Wie nun weiter?

Utopien jenseits des Kapitalismus und damit verbunden ganz konkrete Vorstellungen wie die Zukunft für uns aussehen sollte, gab es leider zu wenig. Das nahmen nicht nur wir so wahr. In den linken gesellschaftlichen Kräften herrscht ein großer Mangel an einem Narrativ, an einer Formulierung einer echten Alternative, die alle eint. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer hofften, dass diese Betrachtung weitaus mehr Raum in der immerhin viel versprechenden „Linken Woche der Zukunft“ einnähme. Katja Kipping und Bernd Riexinger haben in ihrem neu entworfenen Manifest* durchaus Zukunftsprojekte und Visionen einer linken solidarischen Gesellschaft gezeichnet. Bezeichnet wird das neue Gesellschaftsmodell als Sozialismus 2.0 mit einer starken Demokratie im Mittelpunkt. Diese aber mit zusammenführenden konkreten Vorstellungen und Projektideen für unsere Städte und Lebensorte zu unterfüttern, hätte Aufgabe des Kongresses sein können. Stattdessen wurde wieder (zu viel) analysiert.

Zukunftskongress in 2016 und Erkenntnisse für die „Das muss drin sein“-Kampagne

Diesem Bedürfnis nach einer plastischen



Linke Woche der Zukunft - Fortsetzung



sozialistischen Zukunft, worauf sich die Menschen freuen könnten, möchten wir versuchen auf kleinerer lokaler Ebene nachzukommen. In Rostock wollen wir einen Zukunftskongress für 2016 entwickeln, in dem Fragen der sozialistischen Organisation unserer Lebensbereiche im Mittelpunkt stehen sollen: Wie wollen wir wohnen? Wie wirtschaften? Wie arbeiten?

Wie soll die Energieversorgung sein? Wie die Kultur? Wie wollen wir Entscheidungen treffen? Wer soll uns vertreten? Ein Staat oder eine kommunale Rätestruktur oder ganz anders? Wie klären wir Eigentumsfragen? Welche Mobilität brauchen wir?

Auch in unsere „Das muss drin sein“-Kampagne wollen wir unsere Erkenntnisse einfließen lassen. Wir dürfen die Menschen nicht nur auf uns aufmerksam machen, damit sie uns wählen. Das wäre eine Fortsetzung der Apparate-Partei. Wir brauchen

in unserer Stadt, in allen Stadtteilen mehr Menschen, die sich in unserem Sinne für ein sie betreffendes Thema einsetzen. Dabei brauchen sie konkrete Unterstützung, die wir ihnen geben können. Mitgliedschaft und Wahl sollte dabei zurückstehen. Dann gelingt auch der Blick über den Tellerrand und das Erreichen der Menschen mit unseren Themen.

*Katharina Schlaack, Ellen Fiedelmeier
Büro Regine Lück*

* Wir haben euch ein paar Exemplare mitgebracht. Bitte meldet euch bei Interesse bei uns.

Einladung zur Ostseefriedenskonferenz in Rostock

Am 27. und 28. Juni veranstalten die Fraktion aus dem Europäischen Parlament (EP), die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), zusammen mit der Fraktion DIE LINKE. in der Bürgerschaft die Ostseefriedenskonferenz im Rathaus. Als Teilnehmer konnten neben bekannten PolitikerInnen der LINKEN wie beispielsweise der stellvertr. Fraktionsvorsitzenden im Landtag Mignon Schwenke und dem Europaabgeordneten Helmut Scholz als Initiator der Konferenz auch Experten wie Prof. Stephan Tanneberger vom Zentrum für Friedensarbeit aus Anklam und internationale Gäste gewonnen werden. So werden mit Malin Björk von der Vänsterpartiet aus Schweden und Merja Kyllönen vom finnischen Linksbündnis „Vasemmistoliiitto“ zwei prominente Vertreterinnen aus dem EP

in Rostock sein. Während die erstgenannte die stellvertr. Vorsitzende der Fraktion im EP ist, war die zweite von 2011-2014 finnische Verkehrsministerin. Auch unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm und weitere Gäste werden teilnehmen. Mit der Konferenz soll an die Tradition bisheriger Friedenskonferenzen angeknüpft werden. Gerade mit Blick auf den 70. Jahrestag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus und dem 40. Gründungstages der OSZE sowie den realen

Herausforderungen wie der Ukraine-Krise erscheint es geboten, sich dem Thema Frieden und Sicherheit konkret im Ostseeraum anzunehmen.

Nach einführenden Referaten am Samstag Vormittag wird das erste Podium ab 14 Uhr unter dem Titel „Altlasten im Meer, Aufrüstung an Land – Konversion und

len NATO-Eingreiftruppe im Baltikum, die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie das Erstarren paramilitärischer Verbände in einigen Ostseerainern verdeutlichen, dass das Ziel einer entmilitarisierten und friedlicheren Ostseeregion in weite Ferne gerückt sind. Von ihr sollten jedoch wieder Impulse für Frieden und Abrüstung ausgehen.

Unter dem Titel „Energiesicherheit und Energiegewinnung als konkretes Beispiel der Zusammenarbeit im Ostseeraum“ findet am Sonntag ab 9.30 Uhr das zweite Podium statt. Energiesicherheit und -gewinnung stellen eine der zentralen Herausforderungen nationaler und europäischer Politik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dar. Dabei nimmt Russland als einer der wesentlichen Energielieferanten weiterhin einen hohen Stellenwert bei der Energieversorgung vieler EU-Mitgliedsländer ein. Befeuert durch den andauernden Konflikt in der Ukrai-

ne fühlen sich jedoch solche Stimmen gestärkt, die ohnehin eine von Russland weitestgehend unabhängige Energieversorgung einfordern. Dieser Aspekt befördert ebenso wie die Debatte um die „Energieunion“ die heterogenen Entwicklungen bei der Energiegewinnung in den Anrainerstaaen der Ostsee.

Teilnahme und Verpflegung während der Konferenz sind kostenlos, um vorherige Anmeldung in der Geschäftsstelle bis zum 22. Juni wird gebeten.

Ostseefriedenskonferenz
27./28. Juni 2015
Rostock, Rathaus, Neuer Markt 1

Sonabend, 27. Juni, 11 - 18 Uhr
- Abrüstung, Konversion und friedliches Zusammenleben im Ostseeraum
- Podiumsdiskussion: Altlasten im Meer, Aufrüstung an Land – Konversion und Abrüstung im Ostseeraum!

Sonntag, 28. Juni, 9.30 - 13 Uhr
- Podiumsdiskussion: Energiesicherheit und -gewinnung als konkretes Beispiel der Zusammenarbeit im Ostseeraum

u.a. mit: **Malin Björk**, stv. Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europäischen Parlament, Vänsterpartiet (Schweden); **Dr. Mignon Schwenke**, stv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern; **Helmut Scholz**, Koordinator der Fraktion GUE/NGL im Ausschuss für internationalen Handel im Europäischen Parlament; **Merja Kyllönen**, Mitglied des Europäischen Parlaments, ehem. Verkehrsministerin (2011-2014), Vasemmistoliiitto (Finnland)

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Polenreformliste | EUROPÄISCHES PARLAMENT
GUE/NGL
www.guengl.eu

Abrüstung im Ostseeraum!“ stattfinden. Auf dem Meeresgrund der Ostsee finden sich noch heute zahlreiche Bomben, Minen und Munition, die bei Kriegshandlungen während und bei Entsorgungen im Anschluss des 2. Weltkriegs versenkt wurden. Schätzungen gehen allein für die deutschen Gewässer der Ostsee von rund 300.000t konventioneller und 5.000t chemischer Munition aus. Sie stellen tickende Zeitbomben dar. Auch die Osterweiterung der NATO, die Stationierung einer schnell-

Widerstand gegen eine verheerende Politik

Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, und Nicole Gohlke, Sprecherin für Hochschul- und Wissenschaftspolitik, im Interview der Woche über den G7-Gipfel, ihr Engagement beim Gegengipfel und die Gefahren für Beschäftigte und Bildung durch das Freihandelsabkommen TTIP (Fortsetzung auf S. 10)

Am 7. und 8. Juni findet der G7-Gipfel im oberbayerischen Schloss Elmau statt. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Kanada steht unter dem Motto „Am morgen denken. Gemeinsam handeln“. Von Seiten der LINKEN gibt es scharfe Kritik an den G7. Was ist denn falsch daran, wenn sich Regierungschefs treffen, um sich über wichtige Themen wie Klima-, Flüchtlings- oder Wirtschaftspolitik zu verständigen?

Klaus Ernst: Miteinander sprechen ist nie verkehrt. Aber einen derartigen Aufwand zu betreiben, um dann Länder wie Russland, China, Indien, Mexiko, Brasilien und den gesamten afrikanischen Kontinent außen vor zu lassen, zeugt von großer Ignoranz und einem sehr vermessenen Selbstverständnis. G7 ist das falsche Format. Die Repräsentanten der reichsten und mächtigsten Staaten haben keinerlei demokratische Legitimation. Für wirkliche Lösungsschritte in wichtigen Zukunftsfragen müssen die Vereinten Nationen gestärkt und dort Gremien gefunden werden, die die Beteiligung aller 193 Mitgliedstaaten sicherstellen. Beim G7-Gipfel jedoch beraten die ökonomisch Starken unter sich, wie sie ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen weiter ausbauen können – oft zulasten der Länder des globalen Südens.

Den Regierungschefs steht auf der anderen Seite ein Protestbündnis gegenüber. Bei anderen Gipfeln kam es mitunter zu schweren Auseinandersetzungen. Die bayerische Landesregierung lässt Schloss Elmau absichern, bis zu 20.000 Polizisten sollen im Einsatz sein. Gibt es bei diesem Gipfel genug Raum, um rund um Elmau demokratisch und friedlich zu demonstrieren?

Nicole Gohlke: Die CSU und die SPD-Bürgermeisterin Sigrid Meierhofer üben gerade die Politik der G7 im Kleinen, indem sie die Demokratie schlichtweg aussetzen. Das „Stop G7“-Bündnis muss sich seit Mo-

naten mit einer wahren Verbotsorgie für die geplanten Proteste auseinandersetzen. Es ist ein Hohn, dass das Protestcamp mit dem Alibi Argument des Schutzes vor Hochwasser verboten wurde. Ganz offensichtlich wird durch die völlig unverhältnismäßige polizeiliche Präsenz bereits im Vorfeld des Gipfels ein Schreckensszenario aufgebaut, um den legitimen zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Politik der G7 insgesamt zu diskreditieren. Aber kriminell sind nicht die Proteste, sondern die Politik der G7.

Wie einig ist sich das Protestbündnis, wo sehen Sie Stärken, wo Defizite?

Nicole Gohlke: Leider ist es den verschiedenen Akteuren im Vorfeld nicht gelungen, sich unter einem einzigen Bündnisdach zu vereinigen, weshalb der geplante Gegengipfel (3./4. Juni), die Demonstration gegen TTIP in München (4. Juni) und die Proteste in Garmisch (6./7. Juni) in verschiedenen Konstellationen vorbereitet wurden. Zumindest gibt es den Willen zur Kooperation und Solidarität untereinander. DIE LINKE legt – wegen des parallel stattfindenden Bundesparteitages in Bielefeld – den Schwerpunkt auf den Alternativgipfel und die Demo am 4. Juni in München, unterstützt aber alle drei Bündnisse. Wir werden unseren Beitrag zu einem kreativen, bunten und breiten Protest leisten.

Beim Gipfel der Alternativen nehmen Sie beide am Donnerstag an dem Workshop „TTIP stoppen – Kritik und Widerstand“. Klaus Ernst, beim Weltwirtschaftsforum in Davos sagte Vizeminister Sigmar Gabriel, die TTIP-Debatte sei schwierig, weil Deutschland „reich und hysterisch“ sei. Sind Sie reich und hysterisch?

Klaus Ernst: Sigmar Gabriel macht es sich sehr einfach: Statt sich mit den Sachargumenten gegen TTIP auseinanderzusetzen, tut er die berechtigte Kritik als hysterisch ab. Ich würde sagen, hysterisch ist bestenfalls Gabriel, der die Angst vor einem Abkommen der USA mit den Asiaten schürt, durch das die Europäer ohne TTIP angeblich außen vor wären. Welche eine Nebelkerze! Als würden die USA oder China einen der finanzkräftigsten Wirtschaftsräume mit 500 Millionen potentielle Konsumenten außer Acht lassen wollen. Was unseren Reichtum betrifft: Natürlich brauchen wir Handel. Das heißt aber nicht, dass wir den sogenannten Freihandel

brauchen – also völlig deregulierten internationalen Handel. Wir haben in Europa auf demokratischem Wege Standards gesetzt, um Arbeitnehmer und Verbraucher zu schützen. Diese Standards wollen wir erhalten und ausbauen.

TTIP wirkt sich auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Manche Kritiker sprechen von einer Politik gegen Bürgerinnen und Bürger. Wer steht dann auf der anderen Seite? Erklären Sie uns bitte, wo die Konfliktlinien verlaufen?

Klaus Ernst: Die Initiative in Richtung gemeinsamen transatlantischen Markt kommt ursprünglich von den finanzstärksten und einflussreichsten US-amerikanischen und europäischen Konzernen. Warum? Sie haben ein großes Interesse, weltweit Produkt- und Produktionsstandards möglichst kostengünstig zu gestalten. Dabei stehen demokratisch gesetzte Regeln im Weg. Waren, Dienstleistungen und Kapital sollen frei über Ländergrenzen hinwegfließen, damit das Großkapital und die internationalen Konzerne ihre Gewinnchancen optimieren können.

Die internationalen Konzerne haben auch das Interesse, ihre weltweit getätigten Investitionen möglichst frei vom Einfluss nationaler Gesetze oder nationaler Justiz zu halten. Deshalb wollen sie einen Investorenschutz und private Schiedsgerichte. Somit ist TTIP auch ein Angriff auf die Demokratie: Demokratische Entscheidungsprozesse werden ersetzt durch in Freihandelsabkommen verankerte Standards ohne Einfluss von Parlamenten und durch Entscheidungen von privaten Schiedsgerichten.

Nicole Gohlke, Sie sind Sprecherin für Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE. Würde sich TTIP auch auf diesen Bereich auswirken?

Nicole Gohlke: TTIP und vor allem TISA werden den Markt für privat finanzierte Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland weiter öffnen und noch stärkere Wettbewerbsmechanismen im Bildungssystem implementieren. Bereits jetzt gilt, dass in keinem anderen Land der EU der Zugang zu Bildung so stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, wie in Deutschland. TTIP wird die soziale Selektivität also noch einmal verschärfen. Statt mehr Konkurrenz in der



Interview der Woche - Fortsetzung von S. 9

Bildung brauchen wir ein solidarisches und ausfinanziertes öffentliches Bildungssystem von der Kita bis zur Weiterbildung!

Wie sieht es mit dem Arbeitsmarkt in Deutschland aus? Könnte TTIP bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bald auch nur noch 15 Tage Jahresurlaub wie in den Vereinigten Staaten haben?

Klaus Ernst: Das will ich nicht hoffen! Fakt ist aber, dass mit TTIP der Wettbewerbsdruck und die Standortkonkurrenz befeuert werden. Tarifverträge und gesetzliche Regelungen können unter Druck geraten. Durch die verstärkte Konkurrenz

geraten Beschäftigte weiter in die Defensive, während die Konzerne ihre Interessen einfacher durchsetzen können. Im Ergebnis droht mit TTIP nicht nur die Behinderung von sozialem Fortschritt, sondern sogar sozialer Rückschritt. Die Vermögensungleichheit wird weiter zunehmen. Ich kann nicht verstehen, warum sich weder die SPD klar gegen TTIP wendet, noch die Grünen ihren Einfluss im Bundesrat gegen TTIP nutzen wollen. Der Druck der Öffentlichkeit kann gar nicht groß genug werden!

Das Treffen der G7-Staatschefs ist symbolträchtig. Welches Zeichen erhoffen Sie sich vom Gipfel der Alternativen,

damit die Kritik an der herrschenden Politik die Menschen erreicht?

Nicole Gohlke: Auf den G7 Treffen werden die Debatten zur Lösung der zentralen Probleme in der Entwicklungs-, Klima- oder Flüchtlingspolitik vordergründig alljährlich inszeniert. Doch neoliberale Wirtschaftspolitik, Krieg und Militarisierung, Armut und Hunger, Umwelterstörung und Abschottung gegenüber Flüchtenden sind die wahre Bilanz der G7. Im Zentrum unserer Diskussionen werden die Alternativen und die nächsten Schritte des Widerstandes gegen diese verheerende Politik stehen.

www.linksfraktion.de, 1. Juni 2015

Keine Querfront!

Solidarität mit Monty Schädel und der DFG VK – konsequent gegen eine Zusammenarbeit mit Volks- und Querfrontler_innen

Im Folgenden dokumentieren wir einen Beschluss des Jugendverbandes Linksjugend [solid], dem sich auch der Landesvorstand und der Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock angeschlossen haben.

Die „Deutsche Friedensgesellschaft – vereinigte Kriegsgegnerinnen“ und insbesondere auch Monty Schädel, waren zuletzt heftigen Angriffen durch Vertreter_innen einer Bewegung ausgesetzt, die sich selbst als eine Art „neue Friedensbewegung“ betrachtet. **Die neuen Montagsdemos.**

Der Beschluss der DFG-VK, sich von dieser „Bewegung“ zu distanzieren, wurde für einige ihrer Anhänger_innen zum Anlass für Drohungen und verbale Attacken gegen unsere Genoss_innen. Dies offenbart, wie sehr Bedenken berechtigt sind, die gegen eine Beteiligung linker Organisationen an den sogenannten neuen „Montagsdemos“ sprechen. Wir (der Jugendverband; die Red.) haben auf unserer Landesmitgliederversammlung beschlossen, uns in zweierlei Hinsicht mit den betroffenen Genoss_innen zu solidarisieren:

Erstens: Wir werden Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte erarbeiten bzw. der DFG-VK unsere Unterstützung bei bereits geplanten Projekten anbieten. Etliche Großprojekte und -aktionen der Vergangenheit verdanken wir dem Einsatz der nun von angeblichen Friedensaktivist_innen angegriffenen Genoss_innen. Wir

möchten darum auch andere Gruppen mit antifaschistischem Selbstverständnis aufrufen, sich auf vielfältige Art ebenfalls mit den Betroffenen zu solidarisieren.

Zweitens, sehen wir es als notwendig an, eine Debatte im Landesverband der Partei DIE LINKE anzuregen. Grund dafür sind die Äußerungen einzelner Mitglieder und Funktionäre, die sich hinreißen ließen, in den Sprechchor von Rechtspopulist_innen, wie Ken Jepsen oder Jürgen Elsässer, einzustimmen. So richteten einige von ihnen ihr Wort nicht nur gegen Monty Schädel und die DFG-VK – sie sprachen sich de facto auch für zweifelhafte politische Strategien aus.



Dazu gehört auch eine politische Maxime, die den Schulterschluss linker Kräfte mit liberalen und bürgerlichen Organisationen fordert. Dies schließt auch die Zusammenarbeit mit Neofaschist_innen explizit nicht aus. An dieser Stelle sei auf die zahlreichen Situationen der Geschichte verwiesen, in denen dieser Schulterschluss der

gesellschaftlichen Linken zum Verhängnis wurde.

Jüngstes tragisches Beispiel ist das Massaker von Odessa und die Verfolgung von Genoss_innen durch offen auftretende Faschist_innen in der Ukraine.

Warum einige Mitglieder unserer Partei trotzdem noch immer glauben, dass DIE LINKE auf eine solche vorgeblich „politisch breite“ Massenbasis angewiesen ist, ist für uns unverständlich. Insbesondere da sich der Landesverband der Partei DIE LINKE bereits mehrheitlich gegen die Zusammenarbeit mit und die Beteiligung an den Neuen Montagsdemos ausgesprochen hat.

Wir, die Mitglieder der Linksjugend [solid] MV, sind überzeugt, dass es nicht unsere Aufgabe ist, zusammen mit Nazis für unsere UND deren Interessen zu kämpfen. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei sollte stets darin liegen, die Interessenvertretung der Ausgebeuteten, also der Lohnabhängigen, zu organisieren. Dies ist wohl kaum gemeinsam mit politischen Gegner_innen möglich, die fremd wirkende Menschen verfolgen, die die Aufhebung feministischer Grundforderungen fordern, die ein Verbot der Gewerkschaft und linker Parteien herbeisehnen.

Wir werden uns auch weiterhin Nationalist_innen und Faschist_innen jederzeit aktiv in den Weg stellen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Partei und Basis weiterhin deutlich machen, dass eine Beteiligung an den oben beschriebenen Pseudo-Friedensbewegungen konsequent abgelehnt wird.



Steigende Mieten - Was hilft



Zum 1. Juni tritt das Gesetz zur Mietpreisbremse vollständig in Kraft. Eine Bremse vermindert die Geschwindigkeit. Das gleiche gilt für die Mietpreisbremse der Bundesregierung. Allerdings bremst sie nicht die Mieten, sondern nur die Mieterhöhung. Das bedeutet: Auch künftig wird Wohnen immer teurer. Dagegen hilft nur öffentlicher Wohnungsbau.

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundbedürfnis, in manchen Bundesländern sogar ein Grundrecht. Allerdings ein nicht einklagbares Grundrecht. Das wäre auch ein Problem für die Bundesregierung. Denn tatsächlich wird Wohnen immer teurer, immer weniger Menschen können sich eine ordentliche Wohnung leisten. Immobilieninvestoren und Vermieter machen sich die wachsende Nachfrage zunutze und verlangen immer mehr pro Quadratmeter. Dabei hat sich die Mietsteigerung bei Neuvermietung als wahrer Miettreiber herausgestellt.

Gegen die Wirkung steigender Mieten gibt es natürlich ein einfaches Gegenmittel: eine entsprechende Steigerung der Einkommen. Aber die soll es ja nach dem Willen der GroKo nicht geben wegen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und des öffentlichen Sparzwangs. Schwarz-rot installiert stattdessen einen Tempomat für Miet-Erhöhungen – die Mietpreisbremse. Laut ihr dürfen Mietpreise ab 2015 die so genannte ortsübliche Vergleichsmiete um nicht mehr als zehn Prozent übersteigen.

Diese Bremse ist erstens ziemlich schwach. Zehn Prozent dürfen Vermieter immer noch mehr verlangen bei Neuvermietung für ein und dieselbe Wohnung, ohne dass irgendetwas verbessert wurde. Zweitens gibt es zahlreiche Ausnahmen: Die neue Regelung gilt nicht überall, sondern nur in Regionen mit „angespanntem“ Wohnungsmarkt. Dort wiederum gilt sie nicht für Neubauten. Bereits zu hohe Mieten müssen im Nachhinein nicht gesenkt werden. Bei Mieten unterhalb der Vergleichsmiete oder bei „umfassenden Modernisierungen“ können Vermieter weiterhin kräftig aufschlagen. All diese Ausnahmen werden die „ortsübliche Vergleichsmiete“ kräftig steigen lassen und damit auch die Möglichkeit der Eigentümer, Bestandsmieten anzuheben.

Das sind Geschenke der Großen Koalition an Immobilieneigentümer und an Finanzinvestoren, die sich immer mehr Wohnungen als Anlageobjekte zulegen. Denn für sie ist die Miete der Ertrag aufs eingesetzte Kapital. Diese Rendite will die GroKo nicht stark beschneiden – gerade wegen des Wohnungsmangels. Denn, so warnt die Immobilienwirtschaft: Ermöglicht man Investoren keine auskömmliche Rendite, dann bauen sie nicht und investieren nicht. Und wenn sie nicht bauen, dann entstehen keine neuen Wohnungen und preistreibender Mangel verschärft sich.

Das Problem: Das stimmt. Ist das aber ein Grund für den Staat, den Vermietern freie Bahn zu geben? Keineswegs. Vielmehr sollte es ein Grund für ihn sein, die Sache selbst in die Hand zu nehmen!

Dass die Wohnraumversorgung an privaten Geschäftsentscheidungen hängt, dass die Wohnungswirtschaft mit ihren Renditeforderungen die privaten Haushaltsbudgets überfordert – all das sollte die öffentliche Hand dazu bewegen, selbst zu bauen.

Tut sie das? Im Gegenteil. Der Bestand an Wohnungen mit sozialer Bindung hat sich allein in den letzten zehn Jahren halbiert. Schätzungsweise 1,4 Millionen Sozialwohnungen gibt es überhaupt noch und jährlich verlieren rund 100.000 ihre Sozialbindung – zu Lasten der Armen. Ende der 80er Jahre waren es sogar mal mehr als vier Millionen Sozialwohnungen. Dabei ist der Bedarf unvermindert – mehr als 5,6 Millionen Wohnungen mit Sozialbindung werden gebraucht. Die öffentliche Hand tut zu wenig um hier Abhilfe zu schaffen.

Die LINKE fordert daher: Das Recht auf Wohnen muss ins Grundgesetz! Eine echte Mietpreisbremse würde zudem den Kommunen das Recht geben, Höchstmieten festzulegen. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung gehören verboten – warum sollte der Wohnungseigentümer mehr verlangen dürfen, obwohl er gar nichts gemacht hat außer warten?

Daneben muss der soziale Wohnungsbau neu belebt werden – der Bund und die Länder müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, schließlich müssen in Deutschland mindestens 150.000 neue Sozialwohnungen jährlich entstehen, dazu sind mindestens 20 Milliarden Euro jährlich notwendig. Außerdem muss der Bund aufhören Wohnungen und Bauflächen, die ihm noch gehören, nach Höchstgebot zu verkaufen, eine kostenfrei Abgabe an die betroffenen Länder oder Gemeinden mit entsprechender Zweckbindung ist nötig.

Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

LYRIK

Republi(c)k (von Jürgen Riedel)

Mit strahlendem Blick für Superreiche
Hartz-IV-kaltem Blick für Arme
Und Ihren Schwächsten: vielen Kindern
Opfer verwarloster Regierungen

Freihandelsabkommen (von Jürgen Riedel)

Rupf ein Chlorhühnchen mit ihm!
Steck in sein gierschmatzendes Maul
Hormonfleisch!
Mäste Abkommen
Mit XXL-Portionen Genmais zu Tode!
Widersetz dich immer größerer
Profit-Völlerei der Konzerne!
Auch wenn bundesdeutsche Scheindemokratie
von der Qualitätshöhe eines Dunghaufens
Demokratie-Tipp:
TTIP bekämpfen!



24. Juni 2015: Rostock is 797 Jahr old



Söben Toern to Sankt Marien Karck,
Söben Straten by denn groten Marck,
Söben Dore, so da gahn to Lande,
Söben Kopmansbrüggen by dem Strande,
Söben Toern, so up dat Rathaus stahn,
Söben Klocken, so da dagliken slan,
Söben Linden up dem Rosengoern,
Dat syn de Rostocker Kennewohn!

An ´n 24. Juni 1218 kreech Rostock dat *Lübische Stadtrecht*, mit besonnere Privilegien. As Mitglied von de Hanse bläuhte nu Rostock up, wovon de prächtigen Warke von de u. a. de in ´ 14. Jahrhunnert entstanne gewaltigen Buwarke ut Backsteingotig tügen, de Rostock ein besonneret Gesicht gäwen hemm. Dor is de grote Basikika von de St.Marienkark, de gliekfalls inne Braid anleggte St.Jakobi un architektonisch ganz verwandt, St. Petri; dor is, heiterer as de annern, dat Gotteshus för Schipper un Seefohrer St.Nikolai, dor sünd wiederhen dat stärkste Tügniss von ein wehrhafte Tied, dat mächtige Kröpeliner Dur un dat annerthalf Jahrhunnerte späder entstanne Steindur.

In ´n Rathaus sünd Ratsstuw, Fürstensaal un de ollen Gewölbe von ´n Ratswienkeller beachtlich.

De Meckelnborger Dichter, Max Dreyer, ein Kind von uns Hansestadt Rostock, schreew:

„Holl fast dien Oort!
Fast holl dien Saak!
Ick spräk de Spraak,
De as Jung up de Straat ick spröek.

Bün ´n Rostocker Jung
Mit ´ne Rostocker Tung
Un mien Jugend is, wat ick söek.“ (1)

Hei hett mi 1936 dörch uns Stadt föhrt. As wi up ´n Ollen Markt ankehmen, wier ick all deip beeindruckt. De Giebel von de Hüser un de gewaltigen Türm von de Karcken tügten von ein Johrhunderte olle heimatliche Stadtgeschichte. As wi denn vör denn slichten, herrlichen Bu von de Petrikarck stün sprök Dreyer disse irdverwötelten Würd:

„Dat sünd de Klocken von ´n Petriturm,
De hängen am höchsten öwer dat Land,
De seihn so wiet öwer Dörper un Kurn,
De blicken so wiet as de See sik spannt,
De kieken bit röwer nah Dänemark
Un so frie un so vull un so stark,
De Klocken von ´n Petriturm.“



Uns See- und Habenstadt Rostock, wür 1935, mit mihr as 100 000 Inwanner de jüngste düütsche Grotstadt. Von Middelöller an bit in dat 19. Jahrhunnert bleef se konstant bi maximal 11.000 bit 14.000 Inwanner. Ierst mit de Industrialisierung begün se schnell tau wassen. 1936 wier se all in ´n düütschen Flugzeugbu föhrend. De Schiffswarf Neptun beschäftigte an 1000 Arbeiter, de Haben, mit sein `Ümschlag för Kahlen, Holt un Kurn, as ok Teigeliien un Sägewarke, Zucker-, Maschinen un Chemische Fabriken, Spirituosenbrennerien un Brugerien tügten von ein reget wirtschaftlich Läben. De Fähr Warnemünde-Gedser wier Utfall- un Infallsdur för Minschen un Woren nah un von Skandinavien.

In Bildung har Rostock all weltwiet einen gauden Namen dörch de Universität. Mihr as 50 Jahr, bevör in Upsala un Kopenhagen Hochschaulen gründt würn, geef dat all de Universität Rostock. Ehr gegenoewer steiht de gröttste Soehn von disse Stadt, Gerhard Lebrecht von Blücher, denn sien Denkmal, ein Meisterwark von Schadow. Ok ein gaud leit ´ Theater, makten Rostock tau ein Städ höchster geistig-kulturelle Anrängung.

An ´n End von mienen Stadtrundgang mit Max Dreyer wier mi bewusst: *Rostock wier un is ein von Läben dörchpulste Stadt up de man stolz sin kann.*

April 1942, söss Jahr nah dissen Stadtrundgang beläwte ick denn Unnergang von de Petri-, Nikolai- un Jakobikark.

Väle Wahnungen, dorunner ok de schönen Patrizierhäuser verbrennten in Füerstorm von de Bombennächt. Bedrapen makte mi ok dat wi denn kein Theaterhus mihr harn. Dat ierste Rostocker Stadttheater har Rostock sik 1786 bugt, dat denn oewer 1880 afbrennte. Rostock ahn Theater? De Rostocker Börger leiwten ehr Theater, dat doch tau ein kulturvullet Läwen gehürt.

Se fackelten nich lang, sammelten un spendten denn gröttsten Deil för ein einen Niebu. Dat niege Stadttheater hett 600.000 Mark kost un künn all nah 15 Monate Butied, an ´n 5.Oktober 1895, inweihet warden. Uns Stadttheater schaffte sik denn einen gauden Raup in ganz Düütschland, un hett nah Upführung det „Tannhäuser“ von Richard Wagner, sogor denn Ihreennamen „Bayreuth des Nordens“ krägen.

Dit Stadttheater stün dor - wo hüt de Sitz von de „Ostsee-Zeitung“ is - bit ein Bombenangriff ok dit schöne Buwark Ende April 1942 vernicht hett. As Ersatz wür

Kurt Kaiser - Fortsetzung

denn de Gaststääd „Philharmonie“ twischen Doberaner-Straat un Patriotischen Weg utbugt. Dat **Volkstheater** entwickelte sik mit ehren Vier-Sparten to ein von de profiliertesten Bühnen von de DDR.

Sparten-Theater kein Geld mihr tau Verfügung stahn. Dat kann tau ´n Unnergang von ein eigenständig Theaterlāben in Mekelnburgs gröttste Stadt führn. Wat nützt uns ein nieget Hus, wenn dorin

oewer de Uhren trecken wūr.

Wenn dat nu an ´ Bussebort ein „Haus der Darstellenden Künste“ warden sall, dann möt man dat ok so beteiken un nich ümmer von ein nieget Theater snacken. Endlich Klortext rāden: Dat dat hier nich mihr üm ein nieget klassischet Theater-Hus geht, as sik de kulturbewussten Rostocker dat vörstellen un wünschen, sonnern üm ein Sammelsurium von Video- und Filmkunst, Zirkus- und Aktionskunst.

Dat könn ´ wi so noch nich hennāhen un ick mücht mi doch dor denn Vörschlag von Eva-Maria Kröger ansluten, de säd:

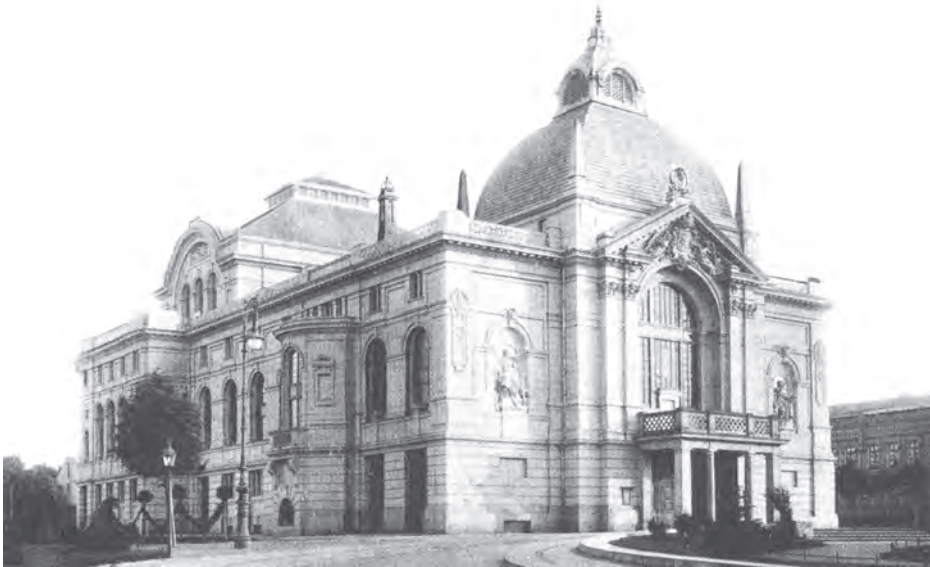
„Ich möchte zuerst über Inhalte reden. Dann über Strukturen, dann über Finanzbedarf und darüber, wie beides zusammenkommt. Womöglich ist diese Reihenfolge eine Chance, aus der Misere zu kommen unter der wir alle leiden. Wir brauchen eine Kulturdebatte, die in eine Finanzdebatte mündet. Momentan geschieht es andersherum.“

Dormit stimm ick oewerein. Bit tau denn 800. Geburtsdach von uns Stadt sünd dat man bloots noch zweiuñhalf Johr, dat ward also Tied uns Theaterkultur werrer up dat ehr taustahnende Niveau to helpen.

Kurt Kaiser

(1) Eigenarchiv. Illustrierte aus dem Jahr 1936 / Gedichte von Max Dreyer

Abb. 1: Karl Eschenburg; Abb. 2: Autor; Abb. 3: wikipedia / volkstheater_rostock



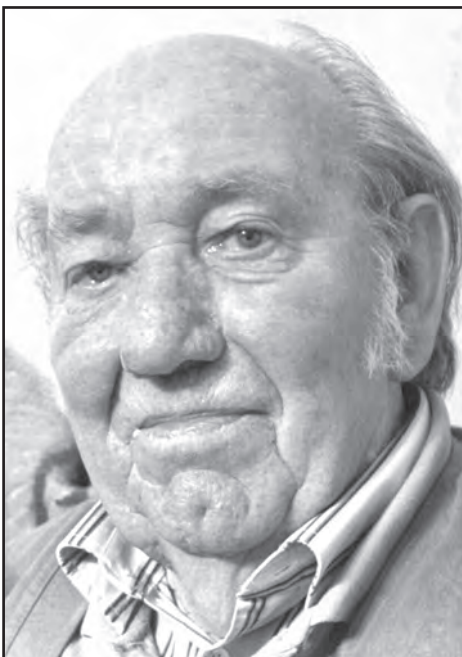
Intendant Hans Amseln Perten sicherte sik Dank de staatliche Unnerstützung un dörch de Börger, mit klassische Opern- un Operettenprogramme un ok vālsietige klassische un moderne Schauspāle, u.a. mit Stücken von Rolf Hochhuth un Peter Weiss, ümmer ein gaud besettes Hus.

Oewer de Tieden ennern sik: Hüt heit dat mihr denn je: „Geld regiert die Welt!“ Un dat bedüht, dat bi Kultur awknappt un spoort warden möt. Nu sall ok för ein Vier-

nich mit ´n eigen Ensemble ein vullständig Theatermenü anbaden warn kann, Musik- un Danztheater stutzt worden sünd. Denn is dat so as bi ´n Minsch, de bloots noch mit ´n half Uhr wat hürn kann un ein Bein hett un nu mit ´n Krückstock von sien ´n Nahber danzen sall.

Dat beteikent uns Kultusminister as en Oewergang tau ein ganz niege Perspektiv! Dor säd doch ok all mal ´n Voss: „Dit is bloots ´n Oewergang“, as em dat Fell

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen



Mit tiefer Betroffenheit nahmen wir die Nachricht vom plötzlichen Ableben unseres **Genossen Herbert Winter** entgegen. In all den Jahrzehnten haben wir **Herbert** als einen aufrichtigen, fleißigen und über Parteigrenzen hinaus verbindenden Menschen kennengelernt.

Von 1979 bis Mai 1990 war **Herbert Winter** Bürgermeister der Stadt Neubukow. Große Anerkennung erwarb er sich durch seine menschliche Art auf die Bürger zuzugehen und sich ihren Problemen zu stellen. Über die Wende hinaus blieb er sich, seinen Idealen und unserer Partei treu.

Ruhestand war nicht **Herberts** Sache. Sein Wissen um die Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten brachte er in seine nunmehr ehrenamtliche Arbeit als Stadtvertreter, als langjähriger Vorsitzender der PDS-Fraktion und als Mitglied im Bauausschuss der Stadt Neubukow ein.

Große Verdienste erwarb sich **Herbert Winter** beim Einsatz um die Interessen der älteren Generation im Landkreis und der Stadt Neubukow. Sein jahrzehntelanges Wirken als Kreisvorstandsmitglied und Vorsitzender der Ortsgruppe Neubukow der VOLKSSOLIDARITÄT hinterlässt unauslöschliche Spuren.

In diesen schweren Stunden gilt unser tiefes Mitgefühl seiner Familie und vor allem seiner Frau Ilse.

Wir werden **Genossen Herbert Winter** stets in Ehren gedenken.

Mit stillem Gruß

Gerit Losand-Gärber (Kreisvorsitzende)

Peter Hörnig (Kreisgeschäftsführer)

Foto: Thomas Hoppe (Ostsee-Zeitung)



Buchrezension: Landolf Scherzers

Das andere Griechenland



Ich war noch nie in Griechenland, kenne es eigentlich nur aus den Kriminalromanen von Petros Markaris. Angeblich kann man aus Krimis viel über eine Gesellschaft in ihrer Zeit lernen, und bei Markaris ist es tatsächlich so. Aber natürlich nur in begrenztem Umfang. Wer wirklich einen profunden Einblick in die griechische Gesellschaft gewinnen möchte, dem sei das Buch „Stürzt die Götter vom Olymp“ von Landolf Scherzer empfohlen. Scherzer schreibt, was ist. Sein Buch „Der Erste“ (1988) ist immer noch ein Klassiker über die DDR, das jeder Geschichtsstudent lesen sollte.

Eine All-Inclusive-Pauschalreise nach Nea Moudania ist Scherzers erster Versuch, das Griechenland kennenzulernen, über das wir in Deutschland nur in einem Nebel aus Vorurteilen stochern. Doch die Touristenfalle ist kein guter Ort, um mit Griechen in Kontakt zu kommen: Das Personal kommt eher aus Rumänien, denn von den gezahlten Löhnen könnte kein Grieche lange überleben.

Der zweite Versuch führt Landolf Scherzer mit einem guten Vorrat von Thüringer Hartwurst in ein heruntergekommenes Hotel in Thessaloniki. „Europa“ heißt es. Hier ist die Basis, von der aus der Autor das „andere Griechenland“ (so der Untertitel des Buches) erkunden und begreiflich machen will. Es gelingt ihm sehr gut. Der Kontakt zu den Menschen fällt Scherzer leicht, denn viele haben eine deutsche Vergangenheit als Gastarbeiter. Beeindruckend ist die Offenheit, mit der viele Gesprächspartner dem Deutschen begegnen und ihm Einblicke in den unaufhaltsamen Abstieg der griechischen Mittelschicht gewähren. Zum Beispiel der Professor, dessen Gehalt von 1900 auf 1200 Euro gekürzt wurde. Oder die 50-jährige Kulturangestellte, die sich vorzeitig pensionieren ließ. Vorzeitig pensioniert wird man in Griechenland aber nur, wenn man mindestens zwei minderjährige(!) Kinder zu versorgen hat!

Die Lektüre des Buches hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Den Menschen wird viel zugemutet. Das stimmt. Aber sie nehmen es hin, oft mit Galgenhumor. Korruption und Vetternwirtschaft durchziehen die griechische Gesellschaft. Immer wieder findet der Autor Beispiele hierfür. Die 400 Jahre währende osmanische Herrschaft und die jahrtausendealte Geschichte des Griechentums in Kleinasien haben ihre Spuren hinterlassen, die sich in Bak-schisch-Mentalität und Vetternwirtschaft ausdrücken. Der moderne griechische Staat, in dem wenige einflussreiche Familien den Ton angaben, wurde vom Volk nie akzeptiert. Jeder versuchte, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen. Egal wie.

Die Griechen nahmen die Zustände lange hin, weil auch sie (spätestens seit dem EG-Beitritt 1981) auf vielfältige Weise von ihnen profitierten. Es ging ihnen gut. Bedürfnisse wurden befriedigt, wenn man sie hatte: „Den Augenblick genießen! Dafür leben wir!“ Die Krise stellte alles in Frage, öffnete den Abgrund und nagt auch am



Stolz der Griechen: „Einerseits sind wir das Volk, das mit seiner großen Vergangenheit die Zivilisation der Menschheit geprägt hat. Andererseits aber auch das Volk, das in seiner ärmlichen Gegenwart nur noch ein gedemütigter, geduldeter Bittsteller in Europa ist. Doch täglich erinnern uns die Ruinen an die stolze Vergangenheit.“

Vorwürfe an die Sparkommissare aus Brüssel vernimmt man von den Griechen selten, eher sucht man die Schuld an der Misere bei sich selbst. Die Generation, die bis zur Krise gut lebte, glaubt nun, dass sie ihren Kindern die Zukunft geraubt hat. Für junge Menschen scheint Griechenland keine Perspektive mehr zu bieten. Wie in den

50er und 60er Jahren verlassen die Jungen das Land in Scharen. Eine Katastrophe für die Gesellschaft, in der familiärer Zusammenhalt so groß geschrieben wird.

Wie lebt es sich in diesem Griechenland? Wie gesagt: Man erträgt es, aber man begehrt nicht auf – diesen Eindruck bekommt man beim Lesen des Buches, das ein paar Monate vor dem Wahlerfolg von Syriza erschien. Scherzer findet im Alltag viele Beispiele für Solidarität, die aus der Krise erwachsen ist. Ärzte behandeln kostenlos. Arbeiter übernehmen ihre Fabriken. Der Wahlerfolg von Syriza war dann aber doch kein Zufall. Die linke Idee ist anders als in Osteuropa nicht tot, das geistige Erbe der Partisanen, der in osteuropäischen Ländern aufgenommenen Griechen und der Widerstandskämpfer gegen die Militärdiktatur lebt weiter.

Das ist also das „andere Griechenland“, von dem Scherzer schreibt. Die Gesellschaft in Griechenland ist tatsächlich eine andere. Die Rezepte zur Überwindung der Krise müssen sich auch daran ausrichten. Haben die Sparkommissare aus Brüssel und Berlin diese Lektion gelernt? Wenn nicht, sei ihnen das Buch von Landolf Scherzer empfohlen. Und was kann der deutsche Leser noch lernen? Scherzer macht einen griechischen Gesprächspartner darauf aufmerksam, dass in Deutschland auch die Arbeitslosen und Armen krankenversichert sind. „Akoma – Noch“, lautet die Antwort des Griechen.

Carsten Penzlin

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 6.5.	15:00 Uhr	Kundgebung zum Erhalt des Volktheaters	Rostock	Neuer Markt
Do., 7.5.	20:00 Uhr	Film "No pasaran" über Menschen aus ganz Europa, die gegen den Faschismus kämpften	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Fr., 8.5.	10:00 Uhr	Einweihung neuer Gedenkort für die Opfer des Faschismus, Redner: Wolfgang Nitzsche	Rostock	Neuer Friedhof
Fr., 8.5.	17:00 Uhr	Ehrendes Gedenken zum Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Di., 9.6.	18:30 Uhr	Sitzung LRO-Kreisvorstand	Kritznow	"Strike"
Sa., 13.6.	9-15 Uhr	LRO-Gesamtmitgliederversammlung: Delegiertenwahl Landesparteitag, Landesvertretervers., Landesausschuss	Sievershagen	Ziegenkrug
19.-21.6.		Fischerfest Reutershagen	Rostock	Schwanenteich
Mo., 22.6.	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde mit MdL Regine Lück	Rostock	Café SBZ Toitenwink. Zum Lebensbaum 16
Di., 23.6.	18:30 Uhr	Sitzung der Kreistagsfraktion	Bad Dob.	
27./28.6.		Ostseefriedenskonferenz	Rostock	Rathaus
Di., 30.6.	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Geschäftsstelle
Do., 2.7.	15:00 Uhr	"Von Kinder- und Altersarmut und zu Fragen der Inklusion - Soziale Probleme in Rostock" (Referentin: Margit Glasow)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
3./4.7.		Friedensfest in Nienhagen	Nienhagen	
Mo., 13.7.	10:00 Uhr	Bürgersprechstunde mit MdL Regine Lück	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 18.7.	13:00 Uhr	Christopher Street Day	Rostock	Neuer Markt
Do., 23.7.	16:00 Uhr	Prof. Christa Luft im Haus der Generationen	Güstrow	Weinbergstraße
Sa., 1.8.	10-17 Uhr	Friedensfest in Graal-Müritz	Graal-Mür.	Seebrücke
Do., 27.8.	14:30 Uhr	"Linke Bildungspolitik in MV" (Referentin: Simone Oldenburg, MdL)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 24.9.	15:00 Uhr	Bericht über die Arbeit des Ortsbeirates Evershagen (H. Wullekopf und R. Orthmann)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 29.10.	15:00 Uhr	"Die Rolle der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft" (Referent: Udo Wachtl)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Wir sind für...

... eine sofortige europäische Rettungsoperation für Flüchtlingsboote in Seenot

... die Errichtung legaler, gefahrenloser Fluchtwege

... die komplette Eingliederung der Geflüchteten in die Gesellschaft, inklusive aller dazu gehörigen Rechte

... dezentrale, menschenwürdige Unterbringung Bereitstellung aller, dafür erforderlichen Mittel

... ein Ende der militarisierten europäischen Grenzpolitik – Frontex abschaffen!


FÜR
GRENZENLOSE
HUMANITÄT

geben die LINKE/Politik/Fürsorge



Landesweite Demonstration
13. Juni 14:00 Uhr in Rostock
Start: Doberaner Platz | Abschluss: Neuer Markt



humanity.blogsport.de

humanity.blogsport.de

Der Landesvorstand fasste am 30.6. folgenden Beschluss: Die AfD ist für uns kein demokratischer Partner. Deswegen schließt der Landesverband der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Initiativen, eine parlamentarische und außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD auf allen politischen Ebenen aus. Für diese Position werden wir bei den anderen demokratischen Parteien werben.

Wir setzen uns mit der AfD inhaltlich auseinander. Das heißt, inhaltlichen Initiativen der AfD werden wir mit unseren Argumenten begegnen. Vielmehr werden wir in der öffentlichen Debatte für unsere linken und

demokratischen Positionen werben. Die AfD steht für eine nationalkonservative/rechtspopulistische Politik, die zu Lasten von Minderheiten, ärmeren Bevölkerungsschichten und dem unteren Mittelstand geht und Überschneidungen zu rechtsextremen Positionen aufweist. Sie ist keine demokratische Partei mit einem inhaltlichen Programm, welches die Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung verbessern hilft. In der politischen Auseinandersetzung werden wir auf diesen grundsätzlichen Charakter der AfD hinweisen.

LYRIK

Kalt (von Janina Niemann-Rich)

stapfe ziellos durch ein Menschenmeer
leer der Blick
auf mich

Remis (von Janina Niemann-Rich)

Flächenbrand-Traum erloschen
Quellhoffnung – positives Ich

2004 (von Janina Niemann-Rich)

Im Frühlingswind der Zeit
Gehauchtes Menschenkind



Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“ vor Ort



beim Betrieb des Dorfladens, der seit Herbst 2014 arbeitet sowie über weitere Projekte in der neuen Förderperiode.

Im Mittelpunkt standen dabei die notwendige Koordination der Förderprogramme sowie Finanzierungsfragen.

Beim Bürgermeister von Ludwigslust, Herrn Mach, waren es vor allem die Fragen eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) für das Gebiet an der A 14, an dem auch die Kleinstädte Grabow, Neustadt-Glewe und zahlreiche Gemeinden beteiligt sind. Außerdem wurde über den notwendigen Breitbandausbau und einen „Masterplan Tourismus“ gespro-

chen.

Schwerpunkte der Beratung mit dem Leiter der Tourismuszentrale Stralsund, Herrn Kretschmar und Kommunalvertretern der LINKEN in Stralsund sowie der Geschäftsführerin des Hotels „Scheelehof“ Frau Reichel, bildeten die positive Entwicklung des Tourismus, die Antragstellung „Staatlich anerkannter Erholungsort“, Probleme der Verkehrsanbindung, das Für und Wider einer Tourismusabgabe, Ausbildungs- und Nachwuchsfragen sowie der Einsatz regionaler Produkte im Gastgewerbe.

Am Abschlusstag der „Tour vor Ort“ besuchte der AK das Unternehmen „Pro Lupin“ in Grimmen. Mit dem Geschäftsführer Herrn Stampe und dem Produktionsleiter Herrn Zillmann wurde über das Konzept des innovativen Unternehmens, die Gestaltung der gesamten Produktionskette sowie über die Einführung der vegetarischen Produkte und die Ertragsentwicklung bei den Lupinen anbauenden Landwirten gesprochen. Die LINKE kann darauf verweisen, seinerzeit einen erfolgreichen Antrag zur Eiweißpflanzen-Strategie in den Landtag eingebracht zu haben.

Der abschließende Besuch galt der EWN GmbH und der Besichtigung des Zwischenlagers Nord in Lubmin.

Die Tour wird als sehr erfolgreich eingeschätzt. Sie brachte für die teilnehmenden Mitglieder des AK viele neue Erkenntnisse und Anregungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit. Den Organisatoren sei herzlich gedankt.

Prof. Dr. Fritz Tack

In der Zeit vom 27. bis 30. April 2015 bieten die Mitglieder des Arbeitskreises der Landtagsfraktion, die MdL Helmut Holter, Dr. Mignon Schwenke, und Prof. Dr. Fritz Tack sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiter Ute Spriewald, Jürgen Reysa und Tobias Müller in den Regionen Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim und in Vorpommern-Greifswald mit Kommunalpolitikern sowie Akteuren über Probleme und Lösungsansätze in verschiedenen Bereichen des ländlichen Raumes.

Bei einem Gespräch mit dem Plauer Heimatverein, der sein 25-jähriges Jubiläum feierte, sowie dem wiedergewählten Bürgermeister Norbert Reier (LINKE), ging es um die Pläne zur Weiterentwicklung des ehrenamtlich betriebenen Burg-Museums sowie die Stadtentwicklung, die energetische Sanierung von Wohnbauten, den Tourismus und den Personennahverkehr.

Im Informationszentrum „Karower Meiler“ des Naturparkes Nossentiner/Schwinzer Heide standen im Mittelpunkt der Diskussion die Zusammenarbeit der Kommunen und Vereine in den LEADER – Arbeitsgruppen in 3 beteiligten Landkreisen und die Projektarbeit. Außerdem wurde vor allem über die infrastrukturelle Anbindung und den Bildungsauftrag beraten.

Mit dem Sprecher der BI „Pro Schiene“ in Lübz wurden Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs auf der Südbahnstrecke erörtert.

In Grambow (NWM) informierte sich der AK bei Vertretern der Betriebsgenossenschaft „Unser Dorfladen“ und der Regionalmanagerin über Erfahrungen und Probleme



Gewinner: „Nazi-Jägerin“ Beate Klarsfeld erhält das Bundesverdienstkreuz. Eine überfällige Anerkennung für das Wirken unserer ehemaligen Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin.

Verlierer: Holger Arppe. Der AfD-Politiker (Mitglied der Rostocker Bürgerschaft) wurde wegen Volksverhetzung verurteilt und muss 2700 Euro Strafe zahlen.

Monatszitate

„Bundesjustizminister Heiko Maas hat recht, wenn er sagt, dass Joseph Blatter als FIFA-Präsident wohl kaum der Richtige sei, um für Aufklärung der Korruptionsvorwürfe im Weltfußballverband zu sorgen. Das ist in etwa so, als ob man die Aufklärung des BND-NSA-Spionageskandals in die Hände der Bundesregierung lege.“ Gregor Gysi

Monatszahl

Rund 25.000 Polizisten beschützen den G7-Gipfel in Elmau. Die Gesamtkosten des Gipfels belaufen sich lt. Regierung auf 130 Millionen Euro; Experten gehen jedoch von einer sehr viel höheren Summe aus.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer schrieb ein Buch über das „andere Griechenland“?

2. Wo befindet sich der neue Gedenkort für die Rostocker Opfer des Nationalsozialismus?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.07.2015